

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

6 (8.1.1934)

Durlacher Tagesblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtgebiet monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 3800 I.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hiltnerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10101. Verantwortlich für den Gesamthalt: L. Dups, Durlach.



Anzeigenberechnung: Die 6-spaltige Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Reklamezeile 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Beziffer keine Ansprüche bei verspäteter oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 6

Montag, den 8. Januar 1934

105. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Der evang. Reichsbischof hat eine Verordnung über Wiederherstellung geordneter Zustände in der Deutschen Evangelischen Kirche erlassen.

Die Beteiligung an dem vom Reichspressechef der NSDAP, Dr. Dietrich, ausgeschriebenen Journalismusbewerb „Mit Hitler in die Nacht“ ist außerordentlich stark. Es sind rund 800 Einmeldungen eingelaufen.

London zeigt sich nach der Rückkehr des Außenministers Simon aus Rom zufrieden. Ein Kabinettsrat soll am Mittwoch stattfinden.

Wegen der neuen französischen Kontingente und Verdoppelung der Einfuhrzölle für Kohle wird England in Paris Vorstellungen erheben.

Für Montag erwartet man den Rücktritt des französischen Kabinetts Chaumays und dessen Umbildung in Verbindung mit dem Bayonner Finanzskandal.

In den Ausstellungshallen am Kaiserdam in Berlin hat der Aufbau der großen Winterschau der deutschen Bauern, der „Grünen Woche“ begonnen, die vom 27. Januar bis 4. Februar stattfindet.

Der Vizepräsident der ägyptischen Anwaltschaft, Rechtsanwalt Kemal Sedky Bay, hat sich bereit erklärt, im Kaiser-Rudenprojek neben Professor Grimm-Essen auf deutscher Seite zu plädieren.

Der Finanzskandal von Bayonne zieht immer weitere Kreise. Nachdem Kolonialminister Dallmeyer die Aufforderung des Ministerpräsidenten, seinen Rücktritt zu erklären, abgelehnt hat, wird mit dem Rücktritt des Gesamt-kabinetts und mit einer Umbildung gerechnet. Als schwer kompromittiert ist jetzt auch der Bürgermeister von Bayonne, Abg. Garat, verhaftet worden.

Sämtliche Insassen des Konzentrationslagers Wöllersdorf (Osteuropa) sind in den Hungerstreik getreten. Am letzten Freitag wollte Bundeskanzler Dollfuß in Graz (Niederösterreich), wobei die Licht- und Wasserleitung des Ortes unbrauchbar gemacht bzw. in die Luft gesprengt wurden.

Außenminister Titulescu hat sich nunmehr bereit erklärt, das Außenministerium im Kabinett Tatarescu beizubehalten. Das bedeutet, daß der bisherige außenpolitische Kurs Rumäniens auch weiter gesteuert werden wird.

Eintrittsbedingungen in den Freiwilligen Arbeitsdienst

Berlin, 7. Jan. Der Reichsbeauftragte für den nationalsozialistischen Freiwilligen Arbeitsdienst, Herrl., hat jetzt die Bedingungen für die Aufnahme in den Freiwilligen Arbeitsdienst bekanntgegeben. Danach werden nur Bewerber eingestellt, die das 17. Lebensjahr bereits vollendet und das 25. Lebensjahr noch nicht überschritten haben. Die Bewerbungen können persönlich bei den Meldeämtern für den Freiwilligen Arbeitsdienst abgegeben werden. Dabei hat sich der Bewerber einmündig über seine Person auszuweisen und einen Pass oder Arbeitslospapiere oder polizeiliches Meldechein oder Geburtsurkunde oder sonstige Papiere, aus denen Familienname und Vorname, Geburtsort und Geburtsort, Namen der Eltern, bei Verheirateten der Ehefrau und der letzte feste Wohnort ersichtlich sind, Jugendliche, die ausreichende Papiere nicht beibringen können, müssen durch Familienangehörige oder amtsbekannte Personen ausgewiesen werden. Für Bewerber aus den abgetretenen Gebieten oder im Ausland Geborene ist ein handschriftliches Gesuch erforderlich, das außer den vorgenannten Angaben auch einen kurzen Lebenslauf enthalten muß.

Die Einstellungen zum Freiwilligen Arbeitsdienst erfolgen bis zum 15. jeden Monats zum nächstfolgenden Monatsersten. Bei Annahme verpflichtet sich der Bewerber durch seine Unterschrift zu einer ununterbrochenen Dienstzeit von sechs Monaten. Bei der Einstellung hat er vor der Front ein durch Handschlag zu bekräftigendes feierliches Gelöbnis abzulegen, mit dem er versichert, daß er während seiner Dienstzeit seine ganze Kraft einsetzt, um an der ihm zugewiesenen Stelle am Aufbau des nationalsozialistischen Staates mitzuarbeiten, den Anweisungen seiner Führer zu gehorchen und die ihm übertragenen Aufgaben gewissenhaft und nach besten Kräften auszuführen. Des ferneren verpflichtet er sich, durch gestittetes Betragen und tadellose Führung in und außer Dienst sich der Ehre würdig zu erweisen, dem deutschen Arbeitsdienst anzugehören und die Tracht des Arbeitsdienstes als Ehrenkleid zu tragen sowie allen Angehörigen des Deutschen Arbeitsdienstes, die mit ihm im gleichen Ehren-dienst für Volk und Vaterland arbeiten, ein treuer Kamerad zu sein.

Deutschland und die Schweiz

Ein interessantes Interview mit Rudolf Hess

NSK. Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Hess, gewährte dem Vertreter eines Schweizer Blattes ein Interview, das wir im folgenden in der mit dem Schweizer Blatt vereinbarten Form wiedergeben:

Frage 1: In der Schweiz wird geglaubt, daß der Stellvertreter des Führers der NSDAP, Herr Rudolf Hess, verwandtschaftliche Beziehungen zu der Schweiz habe. Trifft das zu?
Antwort: Die Meinung, daß ich verwandtschaftliche Beziehungen zur Schweiz habe, basiert wahrscheinlich darauf, daß meine Urgroßmutter väterlicherseits Schweizerin gewesen ist und ich daher noch heute Verwandte schweizerischer Nationalität befinde.

Frage 2: In den Kreisen der schweizerischen Demokratie meint man, daß es in dem nationalsozialistischen Deutschland im Gegensatz zu dem früheren, unmöglich sei, Sympathien für die demokratische Schweiz zu hegen. Ist etwas Wahres daran?

Auswert: Wir Deutsche machen die Sympathien, die wir zu anderen Völkern empfinden, nicht von ihren Staatsformen abhängig, solange die Träger dieser Staatsform unser Volk und das System, durch das es sich regiert, in Frieden lassen. Daraus erklärt sich, daß die Veränderung der deutschen Sympathie zur Schweiz durch den Wechsel in unserem Regierungssystem nicht eingetreten ist. Und ich behaupte, daß lediglich das Regierungssystem, nicht aber die Staatsform in Deutschland geändert wurde. Ich behaupte weiter, daß unser heutiges Regierungssystem wahrer Demokratie nähersteht, als das vorangegangene. Denn das vorangegangene vermochte nur knappe Mehrheiten auf sich zu vereinen, während der übrige Teil des Volkes in schroffer Opposition stand. Das heutige System hingegen stützt sich auf beinahe die Gesamtheit des Volkes, wie die letzte große Volksbefragung bewies. Ich glaube auch nicht, daß es der Sinn wahrer Demokratie ist, die Regierungsmaschine zu verlangsamen, ja beinahe aktionsunfähig zu machen — noch dazu in Zeiten, die für die Zukunft eines Volkes entscheidend sind — indem man alle Entscheidungen hinauszögert und verwallen läßt, da man sie zu Schacherobjekten Beauftragter der Klassen- und sonstigen Interessenvertretungen macht, zu denen leider die normalen Parteien herabgesunken sind. Es entspricht meines Erachtens mehr wahrer Demokratie, das Volk lediglich von Zeit zu Zeit darüber abstimmen zu lassen, ob die Regierung nach wie vor das Vertrauen besitzt und ob ihr Handeln in der großen Linie vom Volk gutgeheißen wird. Geringer entfernt sich meines Erachtens ein Regierungssystem von tiefem Sinn wahrer Demokratie, wenn es ermöglicht, daß Männer für das Schicksal eines Volkes oder eines Verwaltungsgebietes eines Volkes ausschlaggebend werden, deren Weltanschauungsprinzip den Ruin des Volkes bedeutet, das heißt, konträr gesprochen, wenn zum Beispiel der Kanton Genè durch falsch verstandene Demokratie in die Hände, wie Schweizer Zeitungen sich ausdrücken, von „smalltown“ antidemokratischen Männern“ gelangt und ein Volkswelt reinster Wassers Polizei und Justiz ausgeliefert erhält.

Frage 3: Das Ergebnis der Reichstagswahlen usw. ist in der Schweiz nicht ohne Eindruck geblieben, jedoch wird immer noch behauptet, daß Terror und Angst vor schweren Verhaftungsmahnen die Leute zur Wahlurne getrieben haben. Ist daran etwas Wahres?

Auswert: Die Wahl vom 12. November ist als freie Wahl, selbstverständlich ohne jeden Terror, durchgeführt worden. Die Wahl war geheim. Die hohe Beteiligungsziffer, sowohl am Entscheid für die deutsche Außenpolitik wie zur Wahl der NSDAP, beweist, daß das deutsche Volk sich aus freiem Entschluß überwältigend zu Adolf Hitler bekannt hat. Daß auf die Bevölkerung eingewirkt wurde, ihrer staatsbürgerlichen Pflicht nachzukommen, ist selbstverständlich. Das Wesentliche ist aber, daß kein Zwang ausgeübt wurde, ja überhaupt ausgeübt werden konnte hinsichtlich der Entscheidung des Wählers. Davon haben sich die ausländischen Journalisten überzeugen können, die Gelegenheit hatten, in jedem beliebigen Wahllokal den Wahlgang von Anfang bis zu Ende zu beobachten. Keiner konnte die geringste Kritik üben, viele äußerten ihr Erstaunen, mit welcher fast überpeinlichen Genauigkeit die Freiheit der Wahl und Richtigkeit der Stimmzählung gesichert wurde. Ebenso wie die rund fünf Prozent, welche mit „Nein“ stimmten oder der NSDAP ihre Stimme verweigerten, hat jeder andere Wähler nach eigenem Ermessen handeln können.

Frage 4: In der Schweiz wird gelegentlich das Gerücht verbreitet, ein Ziel der nationalsozialistischen Politik sei die Einverleibung der deutschen Schweiz in das Deutsche Reich. Es wird von pangermanistischen Bestrebungen Deutschlands gesprochen.

Auswert: Dieses Gerücht gehört zu den vielen, von antideutschen Propagandazentralen im Ausland verbreiteten Lügen-nachrichten, die ausgekreut werden, um dem nationalsozialistischen Deutschland außenpolitische Unannehmlichkeiten zu bereiten. Es ist natürlich völlig unwahr, und bereits am 28. September habe ich Gelegenheit genommen, folgende Bekanntmachungen herauszugeben: „In einigen Teilen des Auslandes hat sich die gegen Deutschland gerichtete Propaganda neuerdings der unwahren Behauptung bemächtigt, die NSDAP erstrebe auf weitere Sicht die Einverleibung von Teilen der Schweiz, Hollands, Belgiens, Dänemarks usw. So unfinnig

diese Unterstellung ist, so findet sie nichtsdestoweniger hier und da Glauben. Die Reichsleitung legt daher Wert auf die Feststellung, daß kein ernsthafter Mensch in Deutschland daran denkt, die Unabhängigkeit anderer Staaten auch nur anzutasten.“

Diese Erklärung behält ihre Gültigkeit und gewinnt an Bedeutung, nachdem ich nunmehr dem Kabinett als Reichsminister angehöre. Mit ihr dürfte auch die Behauptung pangermanistischer Bestrebungen ihre Erledigung finden.

Frage 5: Glaubt man in Deutschland ernsthaft an die Möglichkeit eines deutschen Marsches durch die Schweiz im Falle eines deutsch-französischen Krieges? In französischen Zeitungen wurde vor kurzem von einem Durchmarschplan des deutschen Generalstabes als von einer feststehenden Tatsache gesprochen.

Auswert: Diese Verdächtigung ist so unfinnig, daß jedermann in Deutschland — allen voran die Verantwortlichen der Wehrmacht — sich fragen muß, wie es möglich ist, daß derartige im Ausland überhaupt Glauben finden kann. Meint man wirklich Deutschland hätte im Falle eines militärischen Konfliktes mit Frankreich — den Gott verhüten möge — das Bedürfnis, sich die Schweiz zum Gegner zu machen? Im übrigen glaubt in Deutschland niemand ernsthaft an die Möglichkeit, daß die beiden großen mitteleuropäischen Völker, Deutschland u. Frankreich, ihre Differenzen mit Waffengewalt ausgleichen. Erstens kennen beide Völker den Weltkrieg; in beiden dürfte die Vorstellung einer Wiederholung der Kriegsjahre Warnung genug sein. Weiter aber hat der Reichskanzler oft genug zum Ausdruck gebracht, daß der Versuch einer Beseitigung der Differenzen mit Waffengewalt keinerlei Endlösung darstellt. Nicht Blut und Opfer im gegenseitig zerfleischenden Kampf können eine Kraftverteilung auf zentraleuropäischem Raum so herbeiführen, daß die beiden großen Völker ihre nationale Existenz und Eigenart sich erhalten, sondern lediglich ein ehrenhafter Frieden auf einer Basis der Vernunft und der Einsicht.

Daß in französischen Zeitungen von einem Durchmarschplan des deutschen Generalstabes als von einer feststehenden Tatsache gesprochen wird, beweist lediglich, wo die Sümpfe der Absicht Hitlers, eine Befriedigung Europas herbeizuführen, zu suchen sind.

Frage 6: Haben die reichsdeutschen Nationalsozialisten, die in der Schweiz heimatet sind, die Anweisung erhalten, sich nicht in inner-schweizerische Angelegenheiten einzumischen?

Auswert: Wie reichsdeutsche Nationalsozialisten in nichtdeutschen Ländern überhaupt, so sind auch die in der Schweiz heimathabenden reichsdeutschen Nationalsozialisten durch mehrfache Rundschreiben angewiesen, sich nicht in innerpolitische Angelegenheiten ihres Gastlandes einzumischen.

Frage 7: Das wiederholte Verbot schweizerischer Zeitungen in Deutschland hat in der Schweiz böses Blut gemacht. Die deutschen Zeitungen werden in der Schweiz ungehindert verbreitet. Wäre es in Anbetracht guter freundschaftlicher Beziehungen nicht möglich, weniger streng bei Verbreitungsverboten schweizerischer Zeitungen in Deutschland vorzugehen?

Auswert: Wenn in der Schweiz die deutschen Zeitungen ungehindert verbreitet werden, Deutschland hingegen sich vor die Notwendigkeit gestellt sah, diesem und jenem Schweizer Blatt den Absatz in Deutschland etwas einzuschränken, so mag sich Ihnen dies daraus erklären, daß die in der Schweiz verbreiteten deutschen Blätter die Schweiz und politisch maßgebende Schweizer nicht in der Weise angegriffen und diffamiert haben, wie das leider einige Schweizer Zeitungen Deutschlands und seinen leitenden Männern gegenüber glaubten nicht unterlassen zu können. Die Schweizer Presse wird immer ihr Absatzgebiet in Deutschland finden, wenn sie sich in all ihren Erscheinungsformen daran gewöhnt, das Deutsche Reich und die Regierung Adolf Hitlers so zu behandeln, wie sie es mit Recht vom Ausland hinsichtlich der Schweiz verlangt. Die Schweizer Presse sollte sich zu gut dazu sein, sich teilweise als Sprachrohr herzugeben für Emigranten, deren moralische Minderwertigkeit und Unwahrschaffigkeit immer mehr von den gastgebenden Völkern selbst erkannt wird.

Frage 8: Besteht die Möglichkeit, daß die deutsche Regierung den deutschen Fremdenverkehr nach der Schweiz irgendwie behindert?

Auswert: Nein. Derartige Maßnahmen Deutschlands kommen überhaupt nur als Gegenmaßnahmen auf wirtschafts-politische oder politische Attakden anderer Regierungen in Anwendung, und die sind meines Erachtens von der schweizerischen Bundesregierung nicht zu erwarten.

Frage 9: Die Schweizer haben immer noch gewisse Hemmungen, um nach Deutschland zu reisen, weil sie befürchten, daß ihnen wegen Unkenntnis parteipolitischer Einrichtungen und Gepflogenheiten Unannehmlichkeiten entstehen könnten. Ist diese Anschauung berechtigt?

Auswert: Die Frage zeigt typisch die Wirkung einer Presse- und Nachrichtenpropaganda, deren Ursprung sowohl politischer als auch rein geschäftlicher Natur ist. Es reisen täglich Tausende von Ausländern durch Deutschland, und diese können sich ebenso wie jeder reisende Schweizer von der Unfinnigkeit der Behauptung, daß wir Deutschland-Reisenden Unannehmlichkeiten bereiten, überzeugen. Mehr noch: Wir haben die Erfahrung gemacht, daß alle Ausländer, die nach Deutschland kommen, nach

